

Auszug aus der Niederschrift über die 07. Sitzung der Bürgerschaft am 17.09.2015

Zu TOP : 7.8

Entwicklung Flüchtlingszahlen und Herausforderungen für die Hansestadt Stralsund

Einreicher: Thomas Lewing, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: kAF 0067/2015

Anfrage:

1. Mit welchen Herausforderungen für die Hansestadt rechnet die Verwaltung angesichts des (erwarteten) Anstiegs der Flüchtlingszahlen?

Herr Albrecht beantwortet die Anfragen wie folgt:

Auch wenn die Zuständigkeit in Asyl- und Ausländerangelegenheiten dem Landkreis obliegt und die Hansestadt für diese Aufgaben nach der Landkreisneuordnung keine personellen und finanziellen Ressourcen mehr vorhält, wird sich die Verwaltung der Herausforderung stellen.

Herr Albrecht ist Herrn Lewing dankbar für die sehr interessante Fragestellung: sie deutet nämlich zu Recht darauf hin, dass die Hansestadt Stralsund mehr ist als nur die Verwaltung. Fest steht: nur gemeinsam können diese gewaltigen Herausforderungen bewältigt werden. Nur wenn Politik und Wirtschaft, Ehrenamtler und Vereine, Bürger und Verwaltung sich gemeinsam dieser Aufgabe stellen, gibt es eine Chance. Dazu gehört ebenso ein behutsamer Umgang der Medien mit dem Thema wie auch eine umfassende Aufklärung sowie eine offensive Begegnung von Intoleranz und Ablehnung.

Am 10.09.2015 konnte Herr Albrecht am Runden Tisch zur Bewältigung der Ausländerproblematik teilnehmen, wo genau dieser Adressatenkreis erste gemeinsame Schritte eingeleitet hat, wie z.B. der Koordinierung der Angebote für das Ehrenamt, der Entgegennahme von Sachspenden und die Organisation eines Willkommensfestes. Zudem wurde eine zentrale Stelle für den Deutschunterricht gefordert.

Wenn Asylbewerber einen Aufenthaltsstatus haben, werden sie aufgefordert, sich Wohnraum zu suchen. Hier sind große Herausforderungen zu erwarten, weil dann Wohnungen für Neuankömmlinge nicht mehr zur Verfügung stehen.

Der Landkreis hat auf seiner durchgeführten Bürgermeisterkonferenz am 02.09.2015 ausdrücklich auf seine Verantwortung und Zuständigkeit verwiesen und gleichzeitig alle Gemeinden aufgefordert, bei der dezentralen Unterbringung weitere Anstrengungen zu unternehmen und auch bei der Suche nach möglichen Gemeinschaftsunterkünften behilflich zu sein. Auch dieser Verantwortung wird sich die Stadt selbstverständlich nicht entziehen. In Stralsund wurden 35 Wohnungen zur Verfügung gestellt, um Asylbewerber dezentral unterbringen zu können. Die Anmietung der Wohnungen und die Betreuung der Asylbewerber gehen ab dem 01.01.2016 auf den Landkreis über. In Stralsund leben derzeit 816 Asylbewerber, 319 davon in Gemeinschaftsunterkünften und 478 in dezentralen Unterbringungen.

Auf der gleichen Sitzung geht der Landkreis davon aus, dass mit den zurzeit zur Verfügung stehenden Ressourcen die prognostizierte Zahl der Asylsuchenden bewältigt werden kann.

Als wohl größte Herausforderung für die Hansestadt Stralsund ist neben der eigentlichen gemeinsamen Unterbringung und Zusammenarbeit mit dem Landkreis die weitere Entwicklung der "neuen Bürger": Stichworte sind Integration - Arbeit - Wirtschaft - Ausbildung - Schule - Kultur...

Für den Bereich Schule ist hier insbesondere die Absicherung der Beschulung als besondere Hürde zu meistern, um allen Kindern den bestmöglichen Schulabschluss zu ermöglichen.

Herr Lewing dankt für die ausführliche Beantwortung.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. König/Sitzungsdienst

Stralsund, 13.10.2015